

INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Donnerstag, 20. Januar 2011 20:27
An: walter.sturm@akooe.at; michaela.zlamal@wien.gv.at; matias.meissner@ssr-wien.gv.at
Betreff: Sammelmeldung 21.01.2011 - mit Interview zur PädagogInnen-Ausbildung und den Problemen in den elementarpädagogischen Einrichtungen und umfangreichen Meldungsteil zum Beschluss "Kinderrechte in die Verfassung"

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung

Informationsdienst

<http://www.Plattform-EduCare.org>

informationsdienst@Plattform-EduCare.org

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 20.01.2011 20:26:42

**Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>**

INTERVIEW

Im Kindergarten braucht man durchaus einen Master"

[Pädagogin Heide Lex-Nalis über Uni-Ausbildung für Kindergartenpädagoginnen, Probleme bei der Sprachförderung und wie sie ausgebildete Kindergärtnerinnen in den Kindergarten zurückholen will.](#)

TOP-THEMA

Armutskonferenz: Kinder von Armut besonders stark betroffen.

[Soziale Ungleichheit nimmt zu](#)

[Wichtige Reformen im föderalen System notwendig](#)

[In die Zukunft investieren - Bildung, Schule und Kinderbetreuung](#)

ZUR DISKUSSION

Anneliese Rohrer: Vergessene Reformen, verschlammte Versuche, kollektive Verdrängung

BM:UKK / BM.W F

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWF Homepage](#)

Standard-Interview: "Wir sind zwei Streberinnen"

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

BURGENLAND

Meldungen: keine

KÄRNTEN

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH

Meldungen:

Bildung und Sprache sind wesentlich für Integration

Oberösterreichs Bildungswesen im Benchmarking der Bundesländer – konkrete Vorschläge zum Thema

„Frühkindliche Bildung“

SALZBURG

Meldungen:

Wo drückt der Schuh bei der Kinderbetreuung?

STEIERMARK

Meldungen: keine

TIROL

Meldungen: keine

VORARLBERG

Meldungen: keine

WIEN

Meldungen:

Oxonitsch: "Kontrollamt bestätigt Wiener Weg!"

VP-Marek ad Oxonitsch: Realitätsverweigerung hilft Eltern nicht ...

Hintergrund: Kontrollamt sieht Engpässe bei Kinderkrippen-Plätzen

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Politik aus Kindersicht: Diskutieren statt abwimmeln

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Schwerbehinderte Kinder haben Anspruch auf gleichberechtigte Bildung

JUGENDWOHLFAHRT

Fall Cain: Hat das Jugendamt versagt?

KINDERRECHTE

➔ Siehe auch: Kinderrechte werden in der Verfassung verankert - Heftige Debatte um ausreichende Verfassungsgesetzgebung im NR

Experten sehen nur symbolische Bedeutung

Kinderrechte in Verfassung verankert - news.ORF.at

Kinderrechte: Zurückhaltende Reaktionen auf Gesetzesbeschluss

JUGENDVERTRETUNG: Kinderrechte-Beschluss ist nur politisches Feigenblatt!

VP-Marek: Ein guter Tag für die Kinderrechte in unserem Land

[Kinderrechte - BZÖ-Haubner: Notwendiger und wichtiger Schritt](#)

[Kinderrechte - BZÖ-Stadler: Jetzt auch echte Verbesserungen wie Anzeigepflicht ...](#)

[Österreich: Geplantes Bundesverfassungsgesetz ist keine adäquate ...](#)

PARLAMENTSMELDUNGEN

[Kinderrechte werden in der Verfassung verankert - Heftige Debatte um ausreichende Verfassungsgesetzgebung im NR](#)

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

[E-Mail-Aktion](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Sprachförderung in Volksschule Die Einsprachigkeit überwinden](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Tagung Aufgabenstellung und Lernerfolge von Kindern in Bremen](#)

[25. Jänner: Pressekonferenz zur PISA-Wien-Konferenz =](#)

SONSTIGES

[Viele Werte statt einer einzigen Religion](#)

[Neugebauer drängt auf verpflichtenden Ethikunterricht](#)

[Meine Kita - Das didacta Magazin für den Elementarbereich](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

INTERVIEW

Im Kindergarten braucht man durchaus einen Master"

Pädagogin Heide Lex-Nalis über Uni-Ausbildung für Kindergartenpädagoginnen, Probleme bei der Sprachförderung und wie sie ausgebildete Kindergärtnerinnen in den Kindergarten zurückholen will.

Der Kindergarten soll auch eine Bildungseinrichtung sein: Was können Kinder in diesem Alter, zwischen zwei und fünf Jahren, überhaupt lernen?

Heide Lex-Nalis: Wenn man einmal mit dem beginnt, was nach außen hin als das Wichtigste erscheint: Sie lernen die Sprache, aber über das Tun. Sie lernen nicht im Sitzen und Zuhören, sondern sie hantieren, sie experimentieren Maund dabei sprechen sie.

Reicht ein verpflichtendes Kindergartenjahr, um alle Kinder auf ein ähnliches Niveau zu heben?

Es ist überhaupt keine Frage, dass ein Jahr nicht reicht. Vor allem in der Sprachförderung. Sprachförderung muss zwischen zwei und vier Jahren stattfinden. Was mit fünf passiert, ist ein Nachhinken. Ein kläglicher Versuch, das aufzuholen, was zwischen zwei und vier Jahren nicht passiert ist.

Sind die Kindergartenpädagoginnen für die Sprachförderung ausreichend ausgebildet?

Nein. Es bräuchte ganz grundsätzlich eine Ausbildung auf höherer Ebene. Die Kindergartenpädagoginnen müssen mindestens 18 Jahre alt sein, wenn sie die Ausbildung beginnen. Es braucht eine Ausbildung, die ihnen vermittelt, dass sie mit allem, was sie tun, Vorbild für das Kind sind. Und es braucht eine Ausbildung, die viel wissenschaftlicher fundiert ist. Im speziellen Fall, wenn es um die Sprachförderung von Kindern mit anderer Muttersprache geht.

Braucht man im Kindergarten einen Master?

Man braucht ihn durchaus. Wenn ich eine gut ausgebildete Pädagogin auf Bachelor-Niveau habe, ist es einmal die Pädagogin, die weiß, was notwendig wäre, die gut mit Kinder und Eltern umgehen kann, die versteht, dass der Kindergarten eingebunden ist ins Gemeinwesen. Aber für spezielle Aufgaben wie die Sprachförderung, bildnerisches Gestalten oder musikalische Förderung, braucht es noch zusätzlich die fachliche Ausbildung.

Reicht eine Uni-Ausbildung, um das „Tanten“-Image abzulegen, mit dem Kindergartenpädagoginnen immer hadern?

Die Ausbildung ist sicher ein wesentlicher Beitrag. Der Minderwertigkeitsgedanke steckt zuerst in den Kindergartenpädagoginnen selbst. Das entfällt, wenn ich eine gemeinsame Ausbildung mit allen anderen Pädagogen auf Hochschulniveau habe. Das zweite, was meiner Meinung nach damit einhergehen wird, ist das Verständnis, dass Bildung mit null Jahren beginnt und nicht erst mit der Schule. Da braucht es die Eingliederung des Kindergartens in das Unterrichtsministerium.

Die Personalsituation ist nicht gerade rosig: Sollten die Kindergartenpädagoginnen trotzdem besser selektiert werden?

Das ist für mich nicht unbedingt der Zugang. Ich meine, wir sollten ausgebildete Kindergartenpädagoginnen, die nicht im Kindergarten arbeiten, mit gezielten Aktionen zurückholen. Das sind Pädagoginnen, die studiert haben, in den allermeisten Fällen Pädagogik, Psychologie oder Verwandtes, aber auch im Bereich Bildnerische, Angewandte,

Musik. Die sollten gezielt in den Kindergarten zurückgeworben werden und mit dem was sie zusätzlich erworben haben eingesetzt und natürlich auch bezahlt werden.

Das Gehalt wird eine Akademikerin derzeit nicht in den Kindergarten locken.

So ist es. Dazu kommt, dass wir im Kindergarten keine Berufsprofile haben. Es wird so getan, als würde es im Kindergarten nur eine Art von Berufsprofil geben. Ich könnte mir sehr gut Leute vorstellen, die sich in irgendeinem beratenden Bereich weitergebildet haben und speziell für die Arbeit mit Eltern eingesetzt werden

http://lehrer.diepresse.com/home/kindergarten/626882/Im-Kindergarten-braucht-man-durchaus-einen-Master?_vl_backlink=/home/index.do

TOP-THEMA

Armutskonferenz: Kinder von Armut besonders stark betroffen.

Utl.: 142.000 Minderjährige "manifest arm". Viel zu tun im neuen Jahr. =

Wien (OTS) - "Wer in den frühkindlichen Bereich investiert, sozial integrative Schulen fördert und Menschen in der Pflege nicht allein lässt, leistet einen entscheidenden Beitrag zur Armutsbekämpfung", so die Armutskonferenz zu den heute veröffentlichten neuen Armutsdaten durch die Statistik Austria.

"Besonders auffällig die konstant hohe Armutsbetroffenheit bei Kindern und Jugendlichen. Als manifest arm können 142.000 Minderjährige bezeichnet werden. Nimmt man die "EU 2020 Indikatoren" her, finden sich 320.000 Kinder und Jugendliche als entweder armutsgefährdet, ausgegrenzt oder mit Eltern ohne Erwerbsarbeit wieder. Überproportional von Armut betroffen sind Ein-Eltern-Haushalte."

"Wir können etwas tun", so die Armutskonferenz. "Es gibt genügend Instrumente und Möglichkeiten, in der Schule, in der Frühförderung, beim Wohnen und mit sozialen Dienstleistungen gegenzusteuern. Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder neuen Statistik zu bestaunen gilt."

Soziale Investitionen zahlen sich aus. Budgetkonsolidierung und Zukunftsinvestitionen sind kein Widerspruch, sondern gemeinsame Notwendigkeit und Gebot der Stunde", betont das österreichische Anti-Armutsnetzwerk, dessen Mitgliedsorganisationen über 500 000 Hilfesuchende im Jahr unterstützen. "Es ist höchste Zeit, Überfluss zu besteuern und in die Zukunft zu investieren. Fangen wir gleich bei Kinderbetreuung, Schule und auch Pflege an."

Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Durchschnitt. Insgesamt entstehen bei Kinderbetreuung wie bei der Pflege Win-win-Situationen zwischen Familieneinkommen,

Arbeitsplätzen, Frühförderung von Kindern und Entlastung Angehöriger. Hier gibt es viel ungenütztes Potential, das brach liegen gelassen wird.

Soziale Ungleichheit nimmt zu

Die soziale Ungleichheit wird in und nach Wirtschaftskrisen größer, wie der renommierte britische Sozialwissenschaftler Tony Atkinson anhand von vierzig Wirtschaftskrisen beobachtet hat. Wir sehen eine zunehmende Ungleichheit innerhalb der Arbeitseinkommen und gleichzeitig eine wachsende Schere durch wieder steigende Vermögenseinkommen bei wenigen ganz oben. Der World Wealth Report berichtet bereits wieder von einem Anstieg des Reichtums der Reichsten um 1 Prozent bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit und Armut. Allein eine Anpassung vermögensbezogener Steuern auf das EU-Niveau brächte in Österreich 4 Milliarden Euro.

Wichtige Reformen im föderalen System notwendig

Unausweichlich sind auch Reformen im Dschungel des föderalen Systems mit seinen neunmal unterschiedlichsten Regelungen, die in vielen Fällen sachlich nicht begründbar sind. So herrschen beispielsweise je nach Bundesland, je nach Bezirk, je nach Gemeinde andere und häufig willkürliche Vollzugspraktiken. Dieselben Fragen stellen sich in den neun unterschiedlichen Jugendwohlfahrtsgesetzen oder den neunmal unterschiedlichen Kosten für dieselbe Pflegedienstleistung.

In die Zukunft investieren - Bildung, Schule und Kinderbetreuung

"Es muss europaweit richtig investiert werden und von den Profiteuren der letzten Jahre, den obersten 10 Prozent, ein entscheidender Beitrag zu den Krisenkosten einverlangt werden", fasst die Armutskonferenz zusammen. Das heißt: "In die Zukunft investieren mit Bildung, Forschung, Kinderbetreuung und Pflege, Konjunktur nicht abwürgen, Jobs schaffen, Budget konsolidieren, Schwächen des Sozialstaats korrigieren, seine Stärken optimieren. Wer sozialer Polarisierung mit all ihren negativen Folgen für die ganze Gesellschaft gegensteuern will, muss nicht nur für die Stabilisierung des Finanz- und Bankensektors eintreten, sondern auch für die Stabilisierung des sozialen Ausgleichs."

Rückfragehinweis:

Die Armutskonferenz.

www.armut.at

01/ 4026944 oder 0664/ 544 55 54

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/641/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ZUR DISKUSSION

Anneliese Rohrer: Vergessene Reformen, verschlammte Versuche, kollektive Verdrängung

Gesundheit, Bildung, Bundesheer: Änderungen in den letzten zehn Jahren wurden einfach negiert oder nie ernsthaft umgesetzt. Wer nie evaluiert, kann immer wieder neue Pläne ankündigen.

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWf Homepage

Standard-Interview: "Wir sind zwei Streberinnen"

Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und Unterrichtsministerin Claudia Schmied über Parteibefindlichkeiten und über rote Tücher und schwarze Papiere

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

**Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote**

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Bildung und Sprache sind wesentlich für Integration

nachrichten.at

Beim dritten Dialogforum in der Arbeiterkammer Wels stand das Thema Bildung und wie sie Menschen mit Migrationshintergrund Türen öffnet, im Mittelpunkt. ...

Oberösterreichs Bildungswesen im Benchmarking der Bundesländer – konkrete Vorschläge zum Thema „Frühkindliche Bildung“

Linz (OTS) - Die gemeinsame Initiative von Industriellenvereinigung OÖ, Arbeiterkammer OÖ und Johannes Kepler Universität für ein besseres Schulsystem geht in die nächste Runde.

Bei einer Pressekonferenz am Donnerstag, 27. Jänner 2011, um 11.30 Uhr in der Arbeiterkammer Linz, Volksgartenstraße 40, 5. Stock, Seminarraum 3, möchten wir über die Aktivitäten seit der Projekt-Vorstellung im vergangenen September berichten und die Ergebnisse des Forschungsauftrags an das Institut für Höhere Studien zum Thema "Oberösterreichs Bildungswesen im Benchmarking der Bundesländer" sowie erste **konkrete Vorschläge zum Thema "Frühkindliche Bildung"** präsentieren.

Als Gesprächspartner stehen AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer, der Präsident der Industriellenvereinigung OÖ, DI Klaus Pöttinger, und Univ.Prof. DI Dr. Richard Hagelauer, Rektor der JKU, zur Verfügung.

Oberösterreichs Bildungswesen im Benchmarking der Bundesländer

Pressekonferenz mit AKOÖ-Präsident Dr. Johann Kalliauer, dem Präsidenten der Industriellenvereinigung OÖ, DI Klaus Pöttinger, und Univ.Prof. DI Dr. Richard Hagelauer, Rektor der JKU

Datum: 27.1.2011, um 11:30 Uhr
Ort: Arbeiterkammer Oberösterreich 5. Stock, Seminarraum 3
Volksgartenstraße 40, 4020 Linz
Url: www.arbeiterkammer.com

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Dr. Walter Sturm
Tel.: (0732) 6906-2192
walter.sturm@akoee.at
<http://www.arbeiterkammer.com>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Wo drückt der Schuh bei der Kinderbetreuung?

Widmann bei der ersten Veranstaltung von "Landesrätin4you": Ist-Analyse und gemeinsam Lösungen suchen

"Eines der brennendsten Themen, die in meiner Verantwortung als Landesrätin liegen, ist die Kinderbetreuung. Daher habe ich mit diesem Thema die Veranstaltungsreihe 'Landesrätin4you – wir hören zu' begonnen", erklärte Landesrätin Dr. Tina Widmann gestern, Mittwoch, 19. Jänner, zu Beginn der ersten Veranstaltung dieser Art im Salzburger Kolpinghaus.

"Ich möchte mir dabei persönlich ein Bild machen, wie es an der Basis läuft, was gut funktioniert, wo Verbesserungen nötig sind. Wichtig ist mir vor allem auch zu erfahren, welche Probleme am dringendsten einer Lösung bedürfen. Wer könnte dies besser beurteilen als die Expert/innen, unsere Kindergartenpädagog/innen? Sie sind es schließlich, die mit unseren Kindern einen großen Teil der ersten Bildungsarbeit leisten", so Widmann. "Das politische Handeln ohne die Basis mit einzubeziehen, ist so, als finge man ein Haus im 2. Stock an zu bauen!"

Beim gestrigen Start zum Thema Kinderbetreuung waren neben zahlreichen Kindergartenpädagog/innen aus dem ganzen Bundesland auch Träger öffentlicher und privater Einrichtungen, Bürgermeister sowie Experten der Stadt Salzburg anwesend. Der Gedankenaustausch wurde in Form einer moderierten Gesprächsrunde strukturiert. Auf Basis einer Gruppenarbeit und einer anschließenden Diskussion im Plenum wurden Punkte herausgearbeitet und diskutiert, die von den Anwesenden als zentral und wichtig beurteilt wurden. "Nun gilt es, an diesen Punkten weiterzuarbeiten, um Nachhaltigkeit zu garantieren!" resümierte Widmann abschließend

<http://www.salzburg.gv.at/lkorr-meldung?nachrid=46367>

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen: keine

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

Oxonitsch: "Kontrollamt bestätigt Wiener Weg!"

Wien (OTS) - Der vorliegende Kontrollamtsbericht zum Gratiskindergarten in Wien ist für den zuständigen Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch eine Bestätigung für den "Wiener Weg" im Bereich der **Kinderbetreuung**: "Es ist erfreulich, dass das Kontrollamt die von uns gesetzten Maßnahmen positiv beurteilt: Dazu zählen neben dem Gratisangebot vor allem der intensive Ausbau der Plätze, die neuen Ausbildungsschienen für PädagogInnen und die Qualität der Betreuung im Rahmen des Bildungsplanes. Diesen Weg wollen wir auch in Zukunft weitergehen!"

Positiv beurteilt das Kontrollamt vor allem die Umsetzung des beitragsfreien Kindergartens: So sei es gelungen, "innerhalb einer kurzen Zeitspanne, ein Modell zu entwickeln, wodurch Eltern und Kinder von der Bezahlung von Beiträgen befreit wurden bzw. diese massiv reduziert wurden."

Weiters betont das Kontrollamt, "dass bei Realisierung der

Ausbaupläne spätestens im Jahr 2011 ein deutlich über dem Barcelona-Ziel liegendes Platzangebot für die über 3jährigen vorhanden sein wird." Das Kontrollamt empfiehlt auch, beim Ausbau verstärkt den Schwerpunkt auf Krippenplätze zu legen.. "Das ist uns bereits seit zwei Jahren ein besonderes Anliegen", betont Stadtrat Oxonitsch. "Wir sind bereits österreichweit Spitzenreiter und wollen in den nächsten Jahren bei den 1- bis 3jährigen einen Versorgungsgrad von 50 Prozent erreichen."

Bei den 3-6jährigen hat Wien bereits als erstes Bundesland einen Versorgungsgrad von 100 Prozent erreicht. Insgesamt hält das Kontrollamt fest, "dass im Zeitraum von 2008 bis 2011 insgesamt 10.134 Betreuungsplätze geschaffen werden."

Erfreulich ist für Oxonitsch auch das Lob des Kontrollamts für die Maßnahmen im Personalbereich - so heißt es im Bericht: "Beim Personal wurden wirkungsvolle Schritte zur Sicherung einer qualitativ und quantitativ hohen Personalausstattung gesetzt." Insbesondere die Erhöhung der Einstiegsgehälter um 14,5 Prozent Prozent und eine entsprechende Anhebung der Fördersätze bei den Privaten wird sehr positiv beurteilt.

Auch die Ausbildungsoffensive wird vom Kontrollamt gewürdigt: "Wien startete als einziges Bundesland im Herbst 2008 mit einer eigenen Ausbildungsoffensive."

Rückfragehinweis:

Mag.a Michaela Zlamal
Mediensprecherin Stadtrat Christian Oxonitsch
Tel.: +43 1 4000-81930
<mailto:michaela.zlamal@wien.gv.at>
<http://www.oxonitsch.at/>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[VP-Marek ad Oxonitsch: Realitätsverweigerung hilft Eltern nicht ...](#) **[APA OTS](#)**

Vielmehr wurde bestätigt, dass Wien weder über ausreichend Kinderbetreuungsplätze noch über ausreichend Kindergartenpädagogen/innen verfügt. ...

[Hintergrund: Kontrollamt sieht Engpässe bei Kinderkrippen-Plätzen](#)

Wiener Zeitung

Diesen Umstand rügt das Wiener Kontrollamt in einem aktuellen Bericht, in dem dringend empfohlen wird, der Schaffung von Kinderkrippen-Plätzen "erhöhte ...

[Wien: Kontrollamt ortet Engpässe bei Kinderkrippen](#) DiePresse.com

[Alle 13 Artikel](#)

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

[Politik aus Kindersicht: Diskutieren statt abwimmeln](#)

[DiePresse.com](#)

Die Veranstaltung will Eltern, Lehrern und Kindergartenpädagogen Anregungen geben, wie sie Kinder angesichts einer Informations- und Bilderflut über Hunger, ...

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Schwerbehinderte Kinder haben Anspruch auf gleichberechtigte Bildung [MVregio](#)

"Zur Frage der gleichberechtigten Bildung schwerbehinderter Kinder und Jugendlicher wurde von den Anzuhörenden heute einstimmig gefordert, Bildung in einer ...

JUGENDWOHLFAHRT

Fall Cain: Hat das Jugendamt versagt?

[DiePresse.com](#)

Hat die Jugendwohlfahrt versagt? Laut der Bregenzer Polizei hat der 26-jährige Milosav M. am Abend des 8. Jänner den dreijährigen Sohn seiner Lebensgefährtin ...

KINDERRECHTE

→ Siehe auch: *Kinderrechte werden in der Verfassung verankert - Heftige Debatte um ausreichende Verfassungsgesetzgebung im NR*

Experten sehen nur symbolische Bedeutung

[ORF.at](#)

Kritiker fehlen überdies wichtige Teile der UNO-Kinderrechtskonvention wie etwa Rechte auf Gesundheit, Bildung, Lebensstandard und Kinderarmutsbekämpfung.

Kinderrechte in Verfassung verankert - news.ORF.at

Der Nationalrat hat heute Nachmittag die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung beschlossen. Dem Entwurf der Regierungsparteien zugestimmt haben FPÖ ...

Kinderrechte: Zurückhaltende Reaktionen auf Gesetzesbeschluss

[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Für den KFÖ ist die verfassungsrechtliche Verankerung der Kinderrechte zwar ein "wichtiger symbolischer erster Schritt", es müssten jedoch weitere ...

JUGENDVERTRETUNG: Kinderrechte-Beschluss ist nur politisches

Feigenblatt![APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Utl.: Die BJV kritisiert, dass die tatsächlichen Kinderrechte mit dem heutigen Tag in der Versenkung verschwunden sind. = Wien (OTS) - Der heutige Beschluss ...

VP-Marek: Ein guter Tag für die Kinderrechte in unserem Land[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Erfreut zeigt sich heute, Donnerstag, die Landespartei- und Klubobfrau der ÖVP Wien Christine Marek über die Verankerung der Kinderrechte in ...

Kinderrechte - BZÖ-Haubner: Notwendiger und wichtiger Schritt[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Deshalb stimme das BZÖ der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung zu, "weil dies nach fast 20 Jahren ein notwendiger und wichtiger Schritt ist", ...

Kinderrechte - BZÖ-Stadler: Jetzt auch echte Verbesserungen wie Anzeigepflicht ...[APA OTS \(Pressemitteilung\)](#)

Wien (OTS) - Das BZÖ stimmt der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung zu. Der stellvertretende Klubobmann des BZÖ, Justizsprecher Ewald Stadler ...

Österreich: Geplantes Bundesverfassungsgesetz ist keine adäquate ...

von OpenPR

Österreich: Geplantes Bundesverfassungsgesetz ist keine adäquate Umsetzung der UN-Kinderrechte-Konvention Die Plattform EduCare begrüßt es ausdrücklich, dass nach vielen Jahren politischer Absichtserklärungen die Regierung bzw. die ...

PARLAMENTSMELDUNGEN

Kinderrechte werden in der Verfassung verankert - Heftige Debatte um ausreichende Verfassungsgesetzgebung im NR

[Kinderrechte](#) werden nunmehr durch ein eigenes Bundesverfassungsgesetz besonders geschützt. Der [Nationalrat](#) machte nach einer kontroversiellen Debatte den Weg mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ dafür frei. Während die Grünen eine wortwörtliche Übernahme der UN-Kinderrechtskonvention in die Verfassung verlangten, was sie auch in einem – ebenfalls zur Debatte stehenden, aber abgelehnten - [Antrag](#) zum Ausdruck brachten, vertraten die anderen Parteien die Auffassung, dass man mit dem vorliegenden Vorschlag die Kinderrechte in Österreich umfassend im Sinne der Konvention schütze. Man habe die Konvention aber an die österreichische Rechtsordnung anpassen müssen. Die von der Opposition in der Sitzung eingebrachten Anträge zu diesem Thema fanden keine ausreichende Unterstützung.

Der Gesetzesvorschlag sieht unter anderem einen Rechtsanspruch von Kindern auf Schutz und Fürsorge, ein Recht auf gewaltfreie Erziehung, altersgerechte Mitspracherechte und ein Verbot von Kinderarbeit vor. Kinder sollen außerdem grundsätzlich Anspruch auf

regelmäßigen Kontakt zu beiden Elternteilen haben. Dabei wird auch besonders auf die Bedeutung der Familie hingewiesen. Auch die Generationengerechtigkeit soll in Hinblick bei Gesetzen Berücksichtigung finden. Allerdings ist eine gesetzliche Beschränkung von Kinderrechten aus bestimmten Gründen möglich, wobei in den Erläuterungen konkret z.B. straf- und fremdenrechtliche Maßnahmen und berücksichtigungswürdige Elterninteressen genannt werden.

Vor der Debatte über die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung forderten die Abgeordneten Herbert SCHEIBNER (B), Eva GLAWISCHNIG-PIESCZEK (G) und Heinz-Christian STRACHE (F) unter Hinweis auf die Bedeutung der Materie die Anwesenheit des Bundeskanzlers und des Familienministers. Die Abgeordneten Karlheinz KOPF (V) und Josef CAP (S) hingegen lehnten dies ab und machten geltend, dass die Vertretung durch Staatssekretäre der Geschäftsordnung und den parlamentarischen Usancen entspreche.

Abgeordnete Eva GLAWISCHNIG-PIESCZEK (G) bemängelte, das heute beschlossene Verfassungsgesetz trage dem Geist der UN-Kinderrechtskonvention nicht Rechnung und werde nichts an der Situation der Kinder und Jugendlichen in Österreich ändern. Sie kritisierte vor allem, dass die Bereiche Gesundheit, Armutsgefährdung und Recht auf Bildung ausgespart und jugendliche AsylwerberInnen vom Geltungsbereich ausgeschlossen werden. Die Umsetzung sei jedenfalls ein Schlag ins Gesicht jener 120.000 Menschen, die sich in einer Petition dagegen ausgesprochen haben, dass Kinder und Jugendliche in Schubhaft genommen werden, stellte sie fest.

Abgeordnete Angela LUEGER (S) skizzierte den langen Weg von der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention bis zum heutigen Beschluss ihrer Verankerung in der österreichischen Bundesverfassung. Sie widersprach ihrer Vorrednerin und meinte, es seien dabei keineswegs Artikel willkürlich herausgenommen worden. Vielmehr habe man eine Anpassung an die österreichische Rechtssituation vornehmen müssen, was auch der Meinung anerkannter Verfassungsrechtsexperten entspreche, sagte Lueger. Die gesetzliche Regelung verankere nun Kinderrechte als einklagbare positive Rechte.

Abgeordneter Wilhelm MOLTERER (V) meinte, es herrsche zweifellos Konsens darüber, dass eine Gesellschaft an ihrem Umgang mit den Schwächsten gemessen werde. Dazu gehörten auch Schutz und Sicherheit für Kinder. Mit der Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung sei man auf einem guten Weg für Österreich. In Richtung von Abgeordneter Glawischnig-Piesczek plädierte Molterer für größere Fairness in der Diskussion. Eine bloße wortwörtliche Umsetzung der Konvention hätte entweder Widersprüche zu geltendem österreichischen Recht erzeugt oder bloße Selbstverständlichkeiten festgehalten. Der vorgesehene Gesetzesvorbehalt sei in der Rechtsordnung völlig normal.

Abgeordneter Harald STEFAN (F) sah die Umsetzung der UN-Konvention der Kinderrechte als grundsätzlich positiv. Allerdings stelle sich für ihn angesichts des Umgangs mit Verfassungsrecht in Österreich die Frage, was man sich davon erwarten dürfe. In der politischen Realität zeige sich nämlich, dass Familien und Kinder nicht im Mittelpunkt stünden, wie man am eben beschlossenen Budget erkennen könne. Die darin vorgesehenen Kürzungen von Familienleistungen seien eventuell sogar verfassungswidrig. Der Abgeordnete bedauerte Mängel in der Umsetzung des Kinderschutzes und listete dazu zehn FPÖ-Forderungen auf, die bisher nicht umgesetzt worden seien. Stefan sprach die Hoffnung aus, dass man auf der Basis der nun enthaltenen Bestimmungen auch zu einer gesetzlichen Verankerung der gemeinsamen Obsorge kommen werde. Der Gesetzesvorbehalt schließlich sei richtig, da man verhindern müsse, dass Kinder dazu missbraucht werden, staatliche Maßnahmen zu verhindern.

Abgeordneter Ewald STADLER (B) verwies darauf, dass es sich bei den Beschlüssen zu Kinderrechten um die Formulierung von Staatszielen handle. Das müsse aber auch

Auswirkungen auf die Gebietskörperschaften haben, hier gebe es Anpassungsbedarf. Der SPÖ und den Grünen warf er vor, den Kinderschutz zu relativieren, wenn es um Ungeborene geht. Mit dem Hinweis auf konkrete Fälle von schweren Kindesmisshandlungen forderte Stadler dann eine allgemeine Anzeigepflicht, durch die man ÄrztInnen und SozialarbeiterInnen zum Schutz der Kinder verpflichten würde, wie er meinte. Ohne eine solche rechtliche Verantwortung sei das Gesetz das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde, sagte der Abgeordnete.

Staatssekretär Josef OSTERMAYER zeigte sich erfreut darüber, dass heute nach langer Diskussion die Umsetzung der Kinderrechte auf der Tagesordnung des Nationalrats steht. Unter Hinweis auf die Debatten im zuständigen Ausschuss meinte Ostermayer, dass man sehr sorgfältig prüfen müsse, welche Gesetze man in den Verfassungsrang hebe. Er verteidigte auch die Aufnahme eines Gesetzesvorbehalts und zitierte dazu die Meinungen von Verfassungsrechtlern. Der Protest gegen die jetzt getroffene Regelung ist seiner Meinung nach weit überzogen. Eine ganze Anzahl von Regelungen sei schließlich schon an anderer Stelle im österreichischen Rechtssystem eindeutig getroffen worden.

Auch Abgeordneter Peter WITTMANN (S) meinte, dass man lange und ausführlich darüber diskutiert habe, welche Punkte der Kinderrechtskonvention man übernehmen solle. Er warf den Grünen in diesem Zusammenhang unseriöse Argumentation vor. Die Formulierungen der Konvention enthielten ausschließlich Minimalforderungen, die durch die österreichische Verfassung und EU-Grundrechtscharta bereits erfüllt und fest verankert seien. Die Argumentation der Grünen gehe daher an den Tatsachen vorbei. Zweifellos könne und müsse man die Kinderrechte weiter ausbauen, die UN-Kinderrechtskonvention sei aber in Österreich bereits umgesetzt.

Abgeordnete Silvia FUHRMANN (V) stellte klar, dass die jetzt stattfindende Verankerung in der Verfassung nicht bedeute, dass es bisher keine Kinderrechte gegeben habe. Ab nun könne aber auch der Verfassungsgerichtshof angerufen werden, wenn Rechte nicht gewahrt werden. Sicher handle es sich in erster Linie um eine Willenskundgebung des Gesetzgebers, und die Diskussion über den Schutz von Kindern im Alltag müsse weiter geführt werden. Zur geforderten Anzeigepflicht bei Misshandlungen meinte sie, in dieser Frage müsse man die Meinung aller Betroffenen anhören, um keine kontraproduktive Regelung zu schaffen.

Abgeordnete Anneliese KITZMÜLLER (F) begrüßte die Verankerung der Rechte von Kindern in der Verfassung. Allerdings bestehe Handlungsbedarf beim Schutz der Kinder vor Gewalt, hier habe der Gesetzgeber bisher kläglich versagt, meinte die Abgeordnete. Mehrere erschütternde Fälle hätten gezeigt, dass die Jugendwohlfahrt überfordert sei und oft gegen besseres Wissen nicht handle. Kitzmüller sprach sich daher für eine Anzeigepflicht bei Kindesmisshandlung aus und brachte einen Entschließungsantrag ein, in dem die FPÖ eine Reform des Jugendwohlfahrtsgesetzes fordert. Auch durch eine gemeinsame Obsorge könnte viel Leid verhindert werden, zeigte sich Kitzmüller überzeugt.

Abgeordnete Tanja WINDBÜCHLER-SOUSCHILL (G) kritisierte, dass die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in der Form, wie sie heute beschlossen werde, nicht ausreichend sei. Vor allem würden die Rechte von Flüchtlingen, die in der Konvention klar verankert seien, ignoriert. Auch der Schutz vor Armut sei in Österreich nicht gegeben. In der Frage des Gesetzesvorbehalts vermutete sie einen "Kniefall der SPÖ vor der ÖVP". Die Grünen würden sich jedenfalls weiter für die Verankerung aller Kinderrechte in der Verfassung einsetzen, schloss Windbüchler-Souschill.

Abgeordnete Ursula HAUBNER (B) kündigte die Zustimmung des BZÖ an und meinte, dass man nach 20-jähriger Diskussion endlich diesen notwendigen Schritt setze, um mehr Schutz und Sicherheit für unser wertvollstes Gut, die Kinder, zu gewährleisten. Sie begrüßte

besonders, dass im Gesetz der Begriff der Generationengerechtigkeit festgeschrieben werde, der auf eine Initiative des BZÖ zurückgehe. Die Politik dürfe nicht auf Kosten der Zukunft der Kinder und Jugendlichen gemacht werden. Haubner sprach dann das Jugendwohlfahrtsgesetz an und forderte bundeseinheitliche Bestimmungen. Was müsse noch geschehen, fragte sie, bevor man den Entwurf dazu, der seit 2008 "in der Schublade" liegt, endlich umsetzt. Man brauche eine gesetzliche Anzeigepflicht, die Vernetzung von Spitälern und Behörden sowie eine strengere Strafverfolgung bei Misshandlungsfällen. Die Systemfehler in den Jugendämtern müssten beseitigt werden, forderte Haubner.

Staatssekretärin Verena REMLER meinte, heute sei ein großer Tag für die Kinder, denn erstmals schaffe man mit der gegenständlichen Vorlage die Möglichkeit, dass der Verfassungsgerichtshof überprüfen könne, ob die Kinderrechte in der österreichischen Rechtsordnung adäquat berücksichtigt sind. Dies sei mithin ein deutliches Zeichen für ein kinderfreundlicheres Österreich, was ihr ein großes Anliegen sei, unterstrich die Staatssekretärin, die an die Länder appellierte, die Ziele der Bundesregierung zu unterstützen. Sie lade, schloss Remler, alle Abgeordneten ein, diesem Verfassungsgesetzesentwurf zuzustimmen, um den Kindern jenen Stellenwert zukommen zu lassen, den sie in unserer Gesellschaft verdienen.

Abgeordnete Alev KORUN (G) votierte dafür, allen Kindern alle Kinderrechte einzuräumen. Derzeit gebe es aber noch in etlichen Bereichen Verbesserungsbedarf. Konkret gehe es vor allem darum, in Zukunft zu verhindern, dass Kinder im Gefängnis landeten, wie dies in Schubhaftfällen immer wieder geschehe. Der vorliegende Entwurf trage diesem Problem jedoch leider nicht Rechnung, und damit würden die Kinderrechte auch weiterhin nicht allen Kindern eingeräumt. Damit würde eine Zweiklassengesellschaft unter Kindern geschaffen, und das sei, schloss Korun, überaus bedauerlich.

Abgeordnete Gabriele BINDER-MAIER (S) vertrat hingegen die Ansicht, man übernehme die wichtigsten Elemente der Kinderrechtskonvention in das heimische Verfassungsrecht, womit man heute einen großen Tag für die Kinder begehen könne. Dies umso mehr, als die Kinder ja auch schon durch die österreichischen Grundrechte bislang gut geschützt waren. Nun gelte es, einheitliche Standards bei den Jugendschutzbestimmungen zu schaffen, um ein gut geknüpft Netz zum Schutz der Kinder zu gewährleisten.

Abgeordnete Helene JARMER (G) beklagte das Fehlen von ansprechenden Bestimmungen zur Barrierefreiheit und forderte die vollständige Gleichberechtigung der Gebärdensprache auch im Bereich der Kinder. Man könne nicht die Kinderrechtskonvention auf wenige Punkte beschränken, sondern müsse sie umfassend begreifen. Dies sei hier nicht der Fall, daher könne sie der Vorlage nicht zustimmen.

Abgeordneter Franz-Joseph HUAINIGG (V) begrüßte die Vorlage als richtige Umsetzung der Kinderrechtskonvention und nannte diese eine wichtige Ergänzung der bestehenden Rechtslage. Der Entwurf sei aber auch ein Auftrag, die Integration behinderter Kinder weiter voranzutreiben. Bestehende Diskriminierungen müssten beseitigt werden, erklärte der Redner, der sich dabei auch auf ärztliche Prognosen vor der Geburt von Kindern bezog.

Abgeordneter Harald WALSER (G) fasste die grünen Bedenken gegen die Vorlage noch einmal zusammen und signalisierte aus den genannten Gründen die Ablehnung des Entwurfs durch seine Fraktion. Dies umso mehr, als man es mit keiner klaren, nachvollziehbaren Regelung zu tun habe und viele Abschnitte mit einem Vorbehalt belegt seien.

Abgeordnete Carmen GARTELGRUBER (F) zeigte sich erfreut darüber, dass man hinsichtlich der Rechte der Kinder im heimischen Verfassungsgefüge einen wichtigen Schritt setze. Die gesamte Konvention in den Rechtsbestand zu übernehmen, sei auch nach

Meinung von Experten nicht sinnvoll, da viele Abschnitte, etwa jener über Kindersoldaten, auf Österreich nicht anwendbar seien. Daher könne man den vorliegenden Entwurf begrüßen. Sodann brachte die Rednerin einen Abänderungsantrag betreffend Schutz ungeborenen Lebens ein.

Abgeordneter Stefan MARKOWITZ (B) beklagte hingegen, dass wichtige Teile unberücksichtigt geblieben seien, so etwa im Gesundheits- und im Sozialbereich. In diesem Sinne brachte der Redner einen Entschließungsantrag betreffend Kinder- und Jugendhilfegesetz ein.

Einzelne Aspekte der Vorlage beleuchteten sodann noch die S-Abgeordneten Sonja STESSL-MÜHLBACHER, Otto PENDL und Stefan PRÄHAUSER sowie V-Abgeordnete Ridi STEIBL.

Die Vorlage wurde mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ angenommen, die Entschließungs- bzw. Abänderungsanträge der Opposition wurden hingegen abgelehnt.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0056/index.shtml

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

E-Mail-Aktion

NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare.

Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden. Frau Ministerin Schmied hat uns über die zuständige Abteilung des bm:ukk eine kurze Antwort zukommen lassen.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Die Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:

["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#)

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Sprachförderung in Volksschule Die Einsprachigkeit überwinden

derStandard.at

... die der Wiener Stadtschulrat an 234 Wiener Volksschulen durchführen ließ und dabei unter anderem fragte, wie Sprachförderung in der Volksschule aussehen ...

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

Tagung Aufgabenstellung und Lernerfolge von Kindern in Bremen

Am 28. und 29. Januar 2011 findet an der Universität Bremen eine internationale Tagung zum Thema Aufgabenstellung und Lernerfolge von Kindern statt.

Link Deutsch: <http://idw-online.de/pages/de/news405141>

25. Jänner: Pressekonferenz zur PISA-Wien-Konferenz =

Wien (OTS) - VertreterInnen der Medien sind herzlich eingeladen, am 25. Jänner 2011, um 11.30 Uhr, an einer Pressekonferenz zur Präsentation der Ergebnisse der PISA-Wien-Konferenz teilzunehmen.

Am Podium:

~

- o Wiens Amtsführende Stadtschulratspräsidentin Susanne Brandsteidl,
- o der Direktor des BIFIE DDr. Günter. Haider,
- o die Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien KommR Brigitte Jank,
- o der Präsident der Industriellenvereinigung Wien Mag. Georg Kapsch,
- o die Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Wien Renate Lehner,
- o die ÖGB-Vizepräsidentin Dr. Sabine Oberhauser
- o sowie VertreterInnen der Schulpartner sowie anderer wichtiger KooperationspartnerInnen.

~

Das Ziel der PISA-Wien-Konferenz ist es, gemeinsam mit allen SchulpartnerInnen, ExpertInnen sowie den relevanten Stakeholdern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die PISA-Ergebnisse für Wien zu beraten und zu einer gemeinsamen Agenda für Reformschritte zu finden. Denn so wichtig und richtig es ist, von der Bundespolitik die Schaffung gesetzlicher Rahmenbedingungen für eine umfassende Reform des Bildungswesens einzufordern, ändert dies nichts daran, dass auch seitens der Länder jede Möglichkeit zu überprüfen ist, zusätzliche Reformschritte umzusetzen.

~

- o Bitte merken Sie vor:

Pressekonferenz zur PISA-Wien-Konferenz

Zeit: 25. Jänner 2011, 11.30 Uhr

Ort: Stadtschulrat für Wien, Festsaal, 1., Wipplingerstraße 28

~

(Schluss) ssr

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:

www.wien.gv.at/rk/

Dragana Lichtner und Matias Meißner

Medien- und Pressereferat des Stadtschulrates

Telefon: 01 525 25-77014

E-Mail: matias.meissner@ssr-wien.gv.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SONSTIGES

Viele Werte statt einer einzigen Religion

derStandard.at

Wenn ein evangelischer Bischof, ein Alt-Dekan und ein kirchlicher Hochschuldirektor an das Unterrichtsministerium appellieren, erregt das Aufmerksamkeit. ...

Neugebauer drängt auf verpflichtenden Ethikunterricht

DiePresse.com

Von 2011 bis 2013 spare man so 25 Millionen Euro, heißt es aus dem Unterrichtsministerium. Gescheitert sei das klare Bekenntnis zum Ethikunterricht als ...

Meine Kita - Das didacta Magazin für den Elementarbereich

"Meine Kita" ist die neue Zeitschrift für die Fachkraft aus der Elementarpädagogik. Das Magazin bietet aktuelle Themen rund um die Arbeits- und Lebenswelt von Erzieherinnen und Erziehern und steht ab 02. Februar 2011 jeder Kindertagesstätte in Deutschland zur Verfügung.

<http://www.bibernetz.de/ww3ee/meine-kita-didacta-magazin.php>

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10

1110 Wien

ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.